

Wenn in der Industrie das Licht ausgeht

Bundestagsabgeordnete erleben Stromausfall bei Magnet-Schultz während eines Gesprächs zur Energieversorgung. Unternehmer fordern pragmatisches Handeln der Politik mit Blick auf Energiepreise und Versorgungssicherheit.

Memmingerberg Ein kurioser Vorfall hat sich bei einem Treffen zwischen Allgäuer Bundestagsabgeordneten und Unternehmensvertretern bei der Firma Magnet-Schultz in Memmingerberg ereignet. Mitten in einem Gespräch über die hohen Energiekosten und die Versorgungssicherheit am Industriestandort Bayerisch-Schwaben kam es tatsächlich zu einem kurzen Stromausfall – und die Runde saß im Dunklen.

„Diese Stromausfälle im Millisekunden-Bereich werden von der Bundesnetzagentur nicht erfasst, sie haben aber hohes Schadenspotenzial“, sagte Firmenchef Dr. Albert W. Schultz und betonte: „In unserem Fall standen über 100 hochmoderne Werkzeugmaschinen und vollautomatisierte Montageanlagen für rund zwei Stunden still. Wir beziffern den wirtschaftlichen Schaden auf über 100.000 Euro und befürchten, dass sich diese Ereignisse zukünftig häufen können.“ Der IHK-Vizepräsident

hatte gemeinsam mit der IHK-Regionalvorsitzenden Andrea Thoma-Böck das Treffen mit den Politikern zum Thema Energieversorgung organisiert. Laut der IHK ist die Situation bei den Unternehmen angespannt. Bereits seit Monaten berichten die Betriebe in Bayerisch-Schwaben von den enorm gestiegenen Kostenbelastungen. Gemäß einer IHK-Konjunkturumfrage sind für mehr als 80 Prozent der Unternehmen die hohen Energiepreise schon heute ein wirtschaftliches Risiko. In der Konsequenz stellen bereits 46 Prozent der bayerisch-schwäbischen Betriebe Investitionen zurück, 15 Prozent müssen ihre Produktion einschränken und für neun Prozent kommen bereits Produktionsverlagerungen in Betracht. „Wenn die Politik nicht schnell handelt, dann nimmt unser Wirtschaftsstandort irreparablen Schaden“, warnte Andrea Thoma-



A. W. Schultz

Böck gegenüber den anwesenden Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU), Stephan Thomae (FDP) und Stephan Stracke (CSU). „Die Strom- und Gaspreisbremsen sind richtig und wichtig, wir begrüßen diese Initiative“, sagte Thoma-Böck: „Wir sehen aber auch deutlichen Nachbesserungsbedarf. Beispielsweise bei den Konditionen, den Prüf- und Meldepflichten aber auch bei dem geplanten Referenzverbrauch aus dem Jahr 2021. Unternehmen, die in diesem Jahr unter den Corona-Lockdowns gelitten haben, werden nun doppelt bestraft und erhalten weniger Unterstützung.“ Die Unternehmerin gibt aber zu bedenken, dass diese Maßnahmen nur eine kurzfristige Lösung sein können und langfristig eine neue Energiepolitik notwendig sei: „Wir können die hohen Preise nicht auf Dauer durch staatliche Hilfen ausgleichen.“

Aber nicht nur die hohen Energiepreise belasten die Unternehmen in der Region. Insbesondere in Süddeutschland mehren sich die Zweifel, ob das Niveau der Versorgungssicherheit erhalten bleibt. Diese Sorgen wurden durch den zweiten Stresstest Versorgungssicherheit der Bundesregierung bestätigt. „Die Analysen haben ergeben, dass es im Süden Deutschlands in kritischen Stunden zu Versorgungsengpässen kommen kann“, sagte Schultz: „In einer hochmodernen Produktion reichen kleinste Spannungsschwankungen und alles kommt zum Erliegen. Das kostet viel Geld, und zwar nicht nur durch den Nutzungsausfall, sondern auch für die Wiederinbetriebnahme mit teilweise neuen Werkzeugen und Programmierung.“ Im Zuge der Digitalisierung werde die Sensibilität der Produktion weiter zunehmen. Die Politik müsse reagieren, wenn moderne Produktion in Deutschland eine Zukunft haben soll.

In der Konsequenz fordert die Wirtschaft nun ein entschlossenes und pragmatisches Handeln der Politik. Neben der Ausweitung des Angebots auf dem Strommarkt, vor allem über die Reaktivierung und den Weiterbetrieb von Kohle- und Kernkraftwerken, müssten alle Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien schnell ausgeschöpft werden. Dies sei sowohl in puncto Energiepreise als auch für den Erhalt der Versorgungssicherheit elementar.

Abschließend fasste Schultz seine persönliche Überzeugung als Unternehmer zusammen: „Ohne eine witterungsunabhängige Grundversorgung aus fossilen und nuklearen Brennstoffen – künftig gern auch aus speicherbarem Wasserstoff – ist kein moderner Industriestaat zu machen. Ideologische Tabus kosten unsere Gesellschaft Beschäftigung, Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand und bringen letztlich auch unseren sozialen Frieden in Gefahr.“ (vog)